

General-Anzeiger

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

G 3201 · 129. JAHRGANG, NR. 39 470 · 1,90 EUR

Bonner Stadtanzeiger

Donnerstag, 15. August 2019

Bonn soll Flüchtlinge aufnehmen

Vier Fraktionen wollen ins Seenot-Bündnis

BONN. Bonn soll dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beitreten, dem bisher 19 Kommunen angehören. Das fordern SPD und Linke in einem Antrag für die nächste Ratssitzung – unterstützt von zwei weiteren Fraktionen. Bonn soll sich verpflichten, zusätzlich zum bundesweiten Verteilerschlüssel aus Seenot gerettete Menschen unterzubringen. Eine gleichlautende Forderung der Wohlfahrtsverbände will Oberbürgermeister Ashok Sridharan in der Stadtverwaltung diskutieren und dem Rat einen Vorschlag machen. *bau*

Bericht und Kommentar Lokales

Liga-Vorschau

Am Freitag beginnt die 57. Bundesliga-Saison. Wir tippen, wo welcher Club am Ende landet – und werfen einen genauen Blick auf den 1. FC Köln und Bayer Leverkusen.



Sport Seiten 13-15

SPD: Weitere Bewerber

Im Rennen um den SPD-Vorsitz wollen sich die Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Gesine Schwan, und Parteivize Ralf Stegner als Duo bewerben. **Leitartikel** S. 2 und **Bericht** S. 5

Variété im Pantheon

Stephan Masurs Variétéspektakel „Le Cirque“ gastiert bis zum 31. August im Pantheon: zwei Stunden und keine Minute davon, die einem beim Zuschauen lang würde. **Feuilleton** S. 11

Lokales | Seite 15

„Tatort“ kehrt zurück

Mit einem neuen Fall aus Dresden kehrt der „Tatort“ am Sonntag aus der Sommerpause zurück. Ein Überblick über die kommende Krimisaison. **Panorama** S. 31

Lottozahlen

3 - 15 - 18 - 30 - 39 - 41
Superzahl: 1
Spiel 77: 5877677
Super 6: 916946

Ohne Gewähr

Die Börse

DOW 25 479,42
DAX 11 492,66
EURO 1,1188
Schluss -3,05 %
Schluss -2,19 %
Vortag 1,1222 %

Wirtschaft Seite 8

Der General-Anzeiger online:
www.ga-bonn.de



Wenn der Bund baut

Spannende Analyse der Architektur der Bonner Republik von 1949 bis 1989 im Spiegel der Presse-Berichterstattung

Bericht Seite 9

Politische Ikone: Der Kanzlerbungalow in Bonn.

FOTO: HAUS DER GESCHICHTE

Straßenbaubeiträge in NRW bleiben

Kommunalministerin Scharrenbach legt Gesetzentwurf vor. Entlastungen für Anlieger geplant

Von unserem Korrespondenten
THOMAS REISENER

DÜSSELDORF. Anders als etwa Hamburg, Berlin und Bayern wird Nordrhein-Westfalen die umstrittenen Straßenbaubeiträge nicht abschaffen. Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU) hat ihren Gesetzentwurf für eine Neuregelung der Gebühren soeben fertiggestellt. Er sieht zwar Entlastungen für Anlieger von Straßen vor, die von Baumaßnahmen betroffen sind. Grundsätzlich sollen die Grundstückseigentümer aber weiterhin zur Kasse gebeten werden, wenn „ihre“ Straße erneuert oder umgebaut werden soll. In ganz Deutschland wird über die Beiträge gestritten, Reformen stehen in mehreren Bundesländern an.

Scharrenbach bestätigte am Mittwoch, dass ihr Entwurf auf dem Weg in die gesetzgeberische Abstimmung ist. Dazu gehören

unter anderem eine erneute Anhörung von Experten sowie eine Abstimmung im NRW-Landtag, wo die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit Scharrenbachs Gesetzentwurf höchstwahrscheinlich in wenigen Wochen zustimmen wird. „Das bisherige System ist dem Grunde nach richtig“, sagte Scharrenbach.

Damit stemmt sich die Ministerin gegen enormen öffentlichen Druck: Rund 40 Bürgerinitiativen, oft auch von CDU-Bürgermeistern unterstützt, hatten zuletzt für eine komplette Abschaffung der Straßenbaubeiträge in NRW gekämpft. Der Bund der Steuerzahler sammelte fast eine halbe Million Unterschriften gegen die Gebühr, die Grundstückseigentümer oft unerwartet und mit fünfstelligen, in Einzelfällen sogar mit sechsstelligen Beträgen belastet. Die SPD im Landtag wollte die Gebühr ebenfalls abschaffen und die

Kosten von zuletzt rund 120 Millionen Euro jährlich über den Landeshaushalt finanzieren.

Dazu wird es nicht kommen. Scharrenbachs Neuregelung kommt aber an mehreren Stellen den Anliegern entgegen. Die wichtigste: Das Land nimmt ihnen jährlich 65 Millionen Euro an Kosten ab. Allerdings geschieht das über einen Förderfonds; Land und jeweilige Kommune entscheiden selbst, in welchen Fällen die Anlieger entlastet werden und in welchen nicht. Reine Anliegerstraßen etwa, die tatsächlich fast nur von den Anwohnern genutzt werden, könnten auf diesem Weg von der Förderung ausgeschlossen werden. Anlieger von Straßen, über die viel allgemeiner Verkehr fließt, könnten stärker entlastet werden.

Zudem wird ein voraussetzungsloser Anspruch auf Ratenzahlung eingeführt, die bislang nur in Härtefällen möglich war. Die Be-

troffenen sollen die Gebühr auf 20 Jahre verteilt abzahlen dürfen. Der Zinssatz soll statt derzeit sechs Prozent künftig zwei Prozent über dem aktuellen Basiszins liegen. Da der Basiszins derzeit nahe null liegt, würden derzeit also etwa zwei Prozent anfallen.

Anlieger, deren Grundstücke besonders tief sind oder an mehreren Straßen gleichzeitig liegen, bekommen Ermäßigungen. Die Kommunen werden zu einem jährlich fortzuschreibenden Straßen- und Wegekonzept verpflichtet, sodass Anlieger schon früh erfahren, wo welche Straßenbaumaßnahmen zu erwarten sind. Maßnahmen, die Ausbaubeiträge verursachen, dürfen künftig erst beschlossen werden, wenn mit den Betroffenen über die Standards der Ausbauten und deren Kosten gesprochen wurde.

Kommentar Seite 2

Konjunktur: Regierung gibt sich entspannt

BERLIN. Die Bundesregierung ist bemüht, angesichts der Abkühlung der Konjunktur Ruhe zu bewahren. Man sehe keine Notwendigkeit für weitere Maßnahmen, die die Konjunktur stabilisierten, so eine Sprecherin am Mittwoch. Für das Gesamtjahr gehe man weiter

von einem leichten Wachstum aus. Ein Sprecher von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) sagte, es seien bereits konjunkturwirksame Maßnahmen auf den Weg gebracht worden oder seien geplant – wie die weitgehende Abschaffung des Solidaritätspakts. Er verwies außer-

dem auf Rekordinvestitionen des Staates. Scholz und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatten bereits erklärt, am Prinzip der schwarzen Null festhalten zu wollen, also einer Politik ohne neue Schulden. Dagegen stellte der Industrieverband BDI die schwarze

Null infrage. Zuvor hatte das Statistische Bundesamt mitgeteilt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Frühjahr um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal geschrumpft ist. *dpa*

Bericht Seite 8

Körpereinsatz

Die Bürgermeisterin wird sinnend vor dem Internetauftritt der Gemeinde gesessen haben, als sie sich mit der Frage befasste, wie man denn einen Hausarzt für den schönen Ort Kollnburg in Niederbayern gewinnen könnte. Kollnburg ist auch nach gründlichem Studium der Internetseite kein besonders aufregender Ort. Die Gemeinde informiert über die Auslegung der Aufstellung des Bebauungsplanes Mühlwiesen II und der Landrat warnt per Allgemeinverfügung vor

der Amerikanischen Faulbrut. Ob solche Sachen junge Ärzte anziehen? Man muss skeptisch sein.



Josefa Schmid

FOTO: DPA

Bürgermeisterin Josefa Schmid ist es indes gewohnt, mit vollem Körpereinsatz für ihre Gemeinde zu kämpfen: Sie ließ sich einst freizügig im Bikini fotografieren, als eine Zeitschrift dazu aufforderte. Sie wirkte als Komparsin in ein paar Filmen mit, sie singt Schlager und postet das ganz gerne auch im Netz. Bei all diesem Einsatz ist ihr der Richtige offenbar noch nicht begegnet. Also hübschte sie die Anzeiger, mit der die Gemeinde im Ärzteblatt um einen Hausarzt warb, mit dem Hinweis auf, die

Bürgermeisterin sei noch unverheiratet.

Nun kennen wir weder den durchschnittlichen Frauengeschmack junger Hausärzte noch deren Musikvorlieben. Fest steht jedoch, dass rund 50 Prozent der Mediziner Frauen sind, Tendenz steigend. Das wird ja nicht nur in Kollnburg leicht mal übersehen. Vielleicht hat der Ort ja noch einen gut aussehenden Förster in petto. Aber das will Frau Bürgermeisterin Schmid ja dann vielleicht lieber für sich behalten. *msh*

Tempo 30 auf Teilen der Reuterstraße

Neuer Luftreinhalteplan ohne Fahrverbot in Bonn

BONN. Die Bezirksregierung Köln hat am Mittwoch die überarbeitete Fassung des Luftreinhalteplans für Bonn vorgelegt. Er soll an diesem Donnerstag in Kraft treten. Mit der neuen Fassung soll das vom Verwaltungsgericht Köln bereits verhängte, aber aufgrund der Berufung zum Oberverwaltungsgericht Münster bisher aufgeschobene Fahrverbot für bestimmte Autos auf dem Belderberg und auf der Reuterstraße verhindert werden. Der neue Plan sieht unter anderem vor, auf der Reuterstraße zwischen A 565 und Bonner Talweg Tempo 30 einzuführen und 77 Euro-5-Busse der Stadtwerke mit SCRT-Filtern nachzurüsten. Oberbürgermeister Ashok Sridharan begrüßte den neuen Luftreinhalteplan, da dieser die Einhaltung der Grenzwerte in Bonn bis zum Jahr 2020 ohne Fahrverbote prognostiziert. *bau/lis*

Bericht Lokales

Legionellen in der Weststadt

BONN. Eine zu hohe Legionellenkonzentration wurde bei einer Routinekontrolle im Kühlwasser einer Verdunstungsanlage auf einem Uni-Gebäude in der Bonner Weststadt festgestellt. Passanten könnten durch das Einatmen von feinsten Wassertröpfchen gesundheitliche Schäden davontragen. Eine Gefährdung ist der Uni zufolge aber aufgrund von Sofortmaßnahmen inzwischen höchstwahrscheinlich ausgeschlossen. *lis*

Bericht Lokales

Teures Parken am Flughafen

KÖLN/BONN. Der Flughafen Köln/Bonn zählt beim Parken zu den teuersten in Deutschland. Das geht aus einer Studie der Passagierrechtsorganisation Airhelp hervor. Reisende, die nahe am Terminal parken wollen, müssen demnach für eine Woche in Düsseldorf 238 Euro zahlen, in München 217 und in Köln/Bonn bis zu 210 Euro. Für eine Stunde muss man bis zu 24 Euro berappen. *ca*

Bericht Lokales

Maas: Warten bei Hongkong-Reisen

TORONTO. Angesichts der Zuspitzung der Lage in Hongkong hat Außenminister Heiko Maas (SPD) Bundesbürgern empfohlen, geplante Reisen dorthin gegebenenfalls zu verschieben. „Ich glaube, dass man den Menschen durchaus sagen kann, wenn sie Hongkong-Reisen planen, diese möglicherweise etwas aufzuschieben, um abzuwarten, wie sich die Dinge dort entwickeln“, sagte er am Mittwoch im kanadischen Toronto. *dpa*

Kommentar S. 2 und Berichte S. 3



4 190320 101900 4 0 0 3 3

General-Anzeiger

53121 Bonn, Justus-von-Liebig-Straße 15
Abonnenten-Service Tel. 0228-66 88 222 vertrieb@ga-bonn.de
Redaktion Tel. 0228-66 88 444 redaktion@ga-bonn.de
Anzeigen Tel. 0228-66 88 333 anzeigen@ga-bonn.de

Heute



22°

13°

Morgen



24°

17°

Inhalt

Blickpunkte
Wirtschaft
Feuilleton
Kino

3	Sport	12	Medien	29
6	Lokales	17	Kindernachrichten	30
9	Familienanzeigen	27	Rätsel	30
11	Leserbriefe	27	Wetter	31
	Tipps & Termine	28	Panorama	31

Bund, der Baumeister

Elisabeth Plessens hoch spannende Untersuchung über die Architektur der Bonner Republik 1949-1989

VON THOMAS KLIEMANN

Wer das Merian-Städteheft von 1976 über Bonn aufschlägt, kann Peter M. Bodes schroffes Urteil lesen: „Wohl keine Regierung in der ganzen Welt hat so viel architektonisches Chaos produziert wie der Bund in Bonn.“ Die Architekturhistorikerin Ingeborg Flagge meinte, dass „mit der Bonner Staatsarchitektur kein Staat zu machen“ sei. Und der Journalist Johannes Gross legte noch einen drauf: „In 40 Jahren wachsenden Wohlstandes hat der Staat Bundesrepublik nicht ein einziges Gebäude von architektonischem Rang errichtet.“ Kaum ein Chronist, der gnädig über die Bonner Bundesbauten urteilte. Das passt zum Negativimage der provisorischen Hauptstadt, die sich erst 1969 dazu durchrang, den Regierungssitz repräsentativer zu gestalten. „Schlecht über Bonn zu sprechen, gehörte stets zum guten Ton“, schrieb 1994 „Der Spiegel“.

Wolfgang Pehnt aber äußerte so etwas wie Verständnis: Vielleicht sei der lange Weg zur Bundeshauptstadt auch ein Abbild der Gesellschaft, „widersprüchlich in ihren Interessen, bald kleinmütig, bald zu großen Zielen aufgelegt, die sich dann wieder nicht realisieren lassen“. Eine Gesellschaft, die offen für Revisionen, neue Ideen und fähig zu Kompromissen sei, baue vielleicht so.

Die in Bonn lebende Elisabeth Plessens hat sich offenbar von der Kritik an den Bonner Bundesbau-

„Mit der Bonner Staatsarchitektur ist kein Staat zu machen“

Ingeborg Flagge
Architekturhistorikerin

ten nicht abschrecken lassen. Nach einem Studium der Kunstgeschichte, Germanistik und Philosophie in Köln und einem Architekturstudium in Stuttgart legte sie 2015 ihre Dissertation mit dem Titel „Mehr Architektur wagen? Bauten des Bundes zwischen 1949 und 1989 im Spiegel zeitgenössischer Wahrnehmung und Kritik“ vor. In einer überarbeiteten Fassung erscheint das Werk nun unter dem Titel „Bauten des Bundes 1949-1989“ (Dom Publishers), ein hochspannendes, gewichtiges Stück Architekturgeschichte auf 675 Seiten und 550 Abbildung. Es ist die erste Dokumentation von 154 realisierten und 14 geplanten Bundesbauten. Die werden minutiös beschrieben, analysiert und in den Kontext der Presse-Berichterstattung gestellt.

Das breit publizierte Negativimage der Bonner Baumeister habe sie eher angestachelt, sich näher mit der Bundesarchitektur zu befassen, erzählt sie im Gespräch. Sie war überrascht, wie viele Bauten es sind – die „Stufen der Identitätsbildung einer Gesellschaft durch Architektur“. „Es hat mich gereizt, zu sehen, wie Deutschland architektonisch auftritt, wie ein Staat versucht, eine Form zu finden.“ Die Pauschalurteile über Bonn und das „Amalgam aus Aversionen gegen eine Stadt“ – „das musste einmal aufgedröseln wer-



Großes Architekturtheater: Internationaler Seegerichtshof Hamburg (Wettbewerb 1989, gebaut 1990–2000), Alexander Freiherr von Branca mit Emanuela Frein von Branca.

FOTO: © ITLOS PHOTO



Bundeshaus Bonn (um 1962, Architekten Martin Witte, Hans Schwippert, Bundesbaudirektion); rechts: Deutsche Botschaft Rio de Janeiro (1956–1960), heute Generalkonsulat, Schmidt + van Dorp Architekten.

FOTO: STADTARCHIV BONN/WESTDEUTSCHE LUFTFOTO PALLE THOMSEN/©ARCHIV VAN DORP

den“, sagt die Autorin, „für mich ist das der Kulminationspunkt für Unbehagen und Hilflosigkeit – Bonn hatte so viele offene Flanken“. Da stießen die Medien hinein. Aus der Rezeption der Architektur der Bonner Republik, ließ sich, so Plessens, der Zustand einer in Repräsentationsdingen lange unsicheren Gesellschaft herauslesen.

Plessens hat in ihren Untersuchungen seit 2010 ein hochinteressantes, weites Feld beackert. Die Skala reichte von „banal und seriös“ und „mit einem Touch zur Langweiligkeit“ – da fallen Plessens Objekte wie die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund ein – bis begeistert – etwa Alexander Freiherr von Brankas Residenz der Botschaft am Heiligen Stuhl in Rom oder die Deutsche Botschaft in Rio des Bonners Ernst van Dorp.

Die Geschichte von Sep Rufs Kanzlerbungalow, den Ludwig Erhard eher im Verborgenen planen ließ und der ab Ende 1963 unter Anteilnahme der Öffentlichkeit gebaut wurde, erzählt Plessens als spritzige Architektur-Moritat in fünf Akten. Der auf 2,4 Millionen D-Mark veranschlagte Bau sei „zu teuer“, schrieben Medien („Maßhalten, Herr Erhard!“). Gleichwohl akzeptierte die Bevölkerung offenbar das „dienstliche Schwimmbad“.

Wenn der Dicke dicker wird

Der „Bildzeitung“ war der „Puppenstuben“-Bungalow „zu klein“, „wenn der Dicke immer dicker wird“. Weiteres Problem: Der Bungalow schien manchen zu modern. Die Illustrierte „Quick“ etwa bemängelte in einer Homestory den kargen Wohnstil, in dem sich der „barocke Regierungschef“ habe arrangieren müssen. Die Medien hatten lange schon das Interesse an „Ludwigs Lust“ verloren, da stichelte Konrad Adenauer in Hörweite des neuen Kanzlers und Bungalowbewohners Kurt Georg Kiesinger bei seiner Feier zum 91. Geburtstag: „Der brennt nicht mal...“ Beide Politiker waren sich einig in der Ablehnung des Ruf-Baus.

Kiesinger ließ den Bungalow 1967 innen umgestalten. Im selben Jahr erschien ein Buch mit dem Erhardt'schen Originalkonzept. Die Kritik lobte es und verurteilte Kiesingers Eingriffe: „Ich bedaure, dass die wunderbare Einheit des Baues bedroht ist durch eine zweitklassige innere Möblierung, die dem repräsentativen Charakter des Baues nicht gerecht werden wird“,

mälte kein Geringerer als Bauhaus-Gründer Walter Gropius.

Rückblickend stehe der Bungalow, so Plessens, für eine Zeit, in der die Politik noch überschaubar erschien. „Er ist eine politische Ikone“, sagt sie, architektonisch gut und solide, doch den Gedanken, wie sich hier Privates und Repräsentatives in „einem deutschen Wohnzimmer“ mische, den Gedanken findet Plessens revolutionär. Ähnlich pointiert arbeitet sie sich durch die Architekturlandschaft des Bundes. Da taucht etwa das Bundeskanzleramt der Planungsgruppe Stieldorf in Gestalt der „Chronik einer angekündigten Enttäuschung“ auf. Kanzler Hel-

„Der Kanzlerbungalow ist eine politische Ikone“

Elisabeth Plessens
Architekturhistorikerin

mut Schmidt urteilte über den Bau: „Landläufig geschäftsmäßig – wie eine Sparkasse.“ Zum Vergleich stellt die Autorin Hans Scharouns Deutsche Botschaft in Brasilia vor. Das Kapitel über die mitunter hochklassigen Botschaften ist ähnlich spannend wie das der ausländischen Schulbauten, die der Bund in Madrid und Kabul, Athen und Jakarta baute.

Persönlich aufgrund fand die Autorin das Jahr des Mauerfalls 1989 als Kulmination einer ungeheuren Dynamik, die in einer „Vollbremsung“ endete. „Plötzlich wollte man Gesicht zeigen“, erzählt sie. Doch es war zu spät. Noch 1987 und 1988 gab es in Bonn um-

fangreiche Pläne für Ministerialbauten (Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit; Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit), die dann doch nicht ausgeführt wurden. 1989 lobte der Bund einen Wettbewerb für einen Erweiterungsbau des Bundesrates aus. Bereits 1986 startete der Wettbewerb für den Bau der Bundeskunsthalle, dessen Planungen auf das Jahr 1949 zurückgehen. Wenige Wochen vor dem Mauerfall wurde der Grundstein gelegt.

Kurz zuvor hatte der erste Spatenstich zum Haus der Geschichte stattgefunden. Im Oktober 1989 war Baubeginn des Abgeordneten- und Fraktionshauses, besser bekannt unter dem Namen Schürmannbau, 1993 beim Rheinhochwasser abgesoffen, inzwischen Sitz der Deutschen Welle. 1986 hatten die Bauarbeiten zum Plenarsaalbau von Behnisch & Partner begonnen, Ende 1992, über ein Jahr nach dem Umzugsbeschluss der Regierung nach Berlin, wurde er feierlich eröffnet. Vier Monate zuvor waren die Bundeskunsthalle und das städtische Kunstmuseum eröffnet worden.

„Der Bund wollte sich eine selbstbewusste, geplante Sichtbarkeit in der Stadt geben“, sagt Plessens. Endlich, müsste man dazu sagen. Doch die Geschichte hatte andere Pläne.

► Elisabeth Plessens: Bauten des Bundes 1949-1989. Zwischen Architekturkritik und zeitgenössischer Wahrnehmung. Dom Publishers 675 S., 550 Abb., 98 Euro.

NACHRICHTEN

Zeltfestival Ruhr startet am Freitag in Bochum

Mit dabei sind Musiker wie Samy Deluxe, Gentleman, Namika, Rea Garvey, Max Giesinger, Katie Melua und Kim Wilde: Das Zeltfestival Ruhr startet am Freitag am Kemnader See in Bochum. Bis zum 1. September stehen bei der zwölften Auflage rund 40 nationale und internationale Künstler auf dem Programm, wie die Veranstalter mitteilten. Daneben gibt es Lesungen, Zauberei, Kabarett, ein Kinderprogramm sowie Kunsthandwerker, die ihre Arbeiten verkaufen. Etwa 100 000 Besucher kommen nach Veranstalterangaben jährlich zum Zeltfestival Ruhr. *epd*

Dreharbeiten für Kinofilm „Fabian“ nach Kästner

Die Dreharbeiten für die ZDF-Kinokoproduktion „Fabian“ sollen Mitte September abgeschlossen sein. Regie führt Dominik Graf, der Film ist seine Interpretation von Erich Kästners 1931 veröffentlichten und später durch die Nationalsozialisten verbotenen Roman „Der Gang vor die Hunde“. Gedreht wird derzeit in Görlitz, Berlin und Brandenburg, wie das ZDF am Mittwoch mitteilte. Die Hauptrolle spielt Tom Schilling, an seiner Seite sind unter anderen Albrecht Schuch, Saskia Rosendahl, Michael Wittenborn und Meret Becker zu sehen. *dpa*

„Bauhauptapete – neu aufgerollt“ in Osnabrück

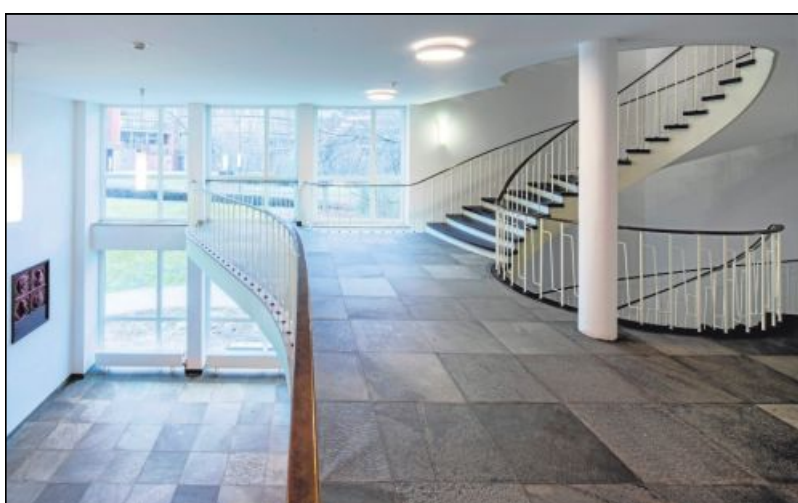
Das Kulturgeschichtliche Museum Osnabrück beleuchtet im Jahr des 100. Bauhaus-Geburtstages in einer Ausstellung die 90-jährige Geschichte der Bauhauptapete. Unter dem Titel „Bauhauptapete – neu aufgerollt“ sind von Samstag an bis zum 8. Dezember zahlreiche Kollektionen der durch dezente Farben und Strukturen gekennzeichneten Wanddekoration zu sehen. Die 1929 erstmals produzierte Bauhauptapete habe die Bauhaus-Ära bis heute überdauert, betonte Museumsdirektor Nils-Arne Kässens. *dpa*

Museum Insel Hombroich zeigt Sammlung Kahmen

Das Museum Insel Hombroich bei Neuss öffnet die Türen der begehrten Gebäudeskulpturen „Drei Kapellen“ von Per Kirkeby. In einem der Gebäude auf dem sogenannten Kirkeby-Feld ist vom 6. September bis 6. Oktober die Sammlung Kahmen mit Werken zeitgenössischer Künstler rund um Bruno Goller zu sehen, wie die gleichnamige Stiftung am Mittwoch ankündigte. Zu sehen sind Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen und Fotografien. Vertreten sind unter anderem Bernd und Hilla Becher, Gotthard Graubner, Konrad Klapheke sowie Künstler der Klassischen Moderne. *epd*

PERSONALIEN

20 Jahre, nachdem der Popsong „Mambo No. 5“ von Lou Bega (Foto) in die Charts schoss, wird vor Gericht über die Erlöse gestritten. Der 44-jährige Popsänger wurde von dem Musiker Goar Biesenkamp vor dem Landgericht München I auf 13 600 Euro verklagt. „Ich habe daran mitgeschrieben, mir stehen vertraglich alle halbe Jahr Beteiligungserlöse zu“, sagte Biesenkamp am Dienstag. „Ich laufe seit Jahren immer wieder meinem Geld hinterher.“ Nun soll in einem Mediationsverfahren am Landgericht geklärt werden, wer an dem Song sowie einem weiteren Titel noch wie viel verdient. Der Beklagte selbst war bei der Verhandlung nicht anwesend. *dpa*



Treppenhaus der ehemaligen Bundesschuldenverwaltung Bad Homburg (1952–1953), Walter Freiwald mit Oberfinanzbaudirektion Frankfurt am Main.

FOTO: © JOHANNES VOGT FÜR IPROCONSULT GMBH